

Donnerstag, 21. August 2008

Hersbrucker Zeitung

Beschwerde eingereicht

Fortsetzung von 1. Lokalseite: „Streit um Straßenbau“

Sie vermuten hinter dem Ausbau reine „Beschäftigungspolitik“ und halten die Argumente der Gemeinde gegen ihren Vorschlag der Kanalführung nicht für hieb- und stichfest. Außerdem war auf der Tagesordnung der letzten Ratssitzung lediglich der Punkt „Abwasserentsorgung Schulanger in Happurg; Beschlussfassung“ angekündigt, nicht aber der Straßenausbau, der dann jedoch beschlossen wurde.

Bogner, Zeuss, Lebrecht und Prottegeier reichten deshalb vor wenigen Tagen eine Sach- und Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Gemeinde Happurg beim Landratsamt ein. Darin erklären sie ausführlich, warum sie den Gemeinderatsbeschluss über den Straßenausbau sowie die Baumaßnahme an und für sich für rechtswidrig halten.

Herbert Schön von der Kommunalaufsicht des Landratsamtes prüft

den Vorgang, sieht aber keine Möglichkeit, rechtlich einzuschreiten. Der Beschluss des Gemeinderates sei ordnungsgemäß zustande gekommen — selbst wenn man zu dem Schluss käme, die Formulierung auf der Tagesordnung sei nicht ausreichend gewesen. Denn alle Räte waren in besagter Sitzung anwesend und stimmten ab, kein einziger rügte die Tagesordnung.

Sondersitzung geplant

Die Bagger werden am kommenden Montag aber trotzdem nicht anrücken. „Wir haben die Baumaßnahmen um zwei Wochen aufgeschoben“, erklärte gestern Geschäftsstellenleiter Stephan Krimm. Am 1. September soll es nun aufgrund der massiven Widerstände seitens der Anlieger eine Sondersitzung des Gemeinderates über den strittigen Straßenausbau geben.